

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1946**

57 (20.7.1946)

# BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Verlag: Badendruck GmbH, Karlsruhe, Samstag, 20. Juli 1944, Nummer 57

## 1. Tagung der verfassungsgebenden Landesversammlung

CDU gegen Trennung von Kirche und Staat — Oberbürgermeister Veit lehnt namens der SPD Kollektivschuld ab — Für und gegen Zweikammersystem

**Stuttgart, 19. Juli. (DANA)** Die verfassungsgebende Landesversammlung für Württemberg-Baden hielt am Donnerstag im Furbachhaus Stuttgart ihre erste Arbeitstagung ab, auf der Abgeordnete der Parteien in den Grundrissen der Verfassung sprachen. In seinen Begrüßungsworten wies der Präsident der Versammlung, Ernst Simpfendorfer (CDU), darauf hin, daß die Beratungen drei Tage in Anspruch nehmen sollen.

**Die CDU zur neuen Verfassung**

Nach der Begrüßungssprache erhielt der Abgeordnete der CDU, Ministerialrat Dr. Felix Walther, die Aufgabe, die Verfassung zu erläutern. Er erklärte, daß die CDU die Verfassung als einen demokratischen Entwurf annehme, der die Grundgedanken der Verfassung in sich vereinige. Er sprach sich gegen eine Einschränkung des Mißtrauensvotums aus.

**Kirche und Staat**

Die Trennung von Kirche und Staat ist im Interesse beider Gewalten abzulehnen, führte Dr. Walther weiter aus. Wir sind für Gewissensfreiheit und für die Freiheit der Kirche und ihrer Organisationen. Dieser Grundsatz muß in der Verfassung verankert werden. Die Lehren der Kirche sind nicht nur für die Gläubigen, sondern auch für die gesamte Bevölkerung von Bedeutung. Die Kirche ist ein Teil der menschlichen Gemeinschaft, die der Staat zu schützen hat.

**Zur Säuberung von Nationalsozialismus und Militarismus**

Zum Gesetz zur Säuberung von Nationalsozialismus und Militarismus übergehend, erklärte Veit, daß das ganze Volk mithelfen müsse, die wirklich Schuldigen festzustellen. Mit dem Gesetz sei den deutschen Völkern eine einmalige Gelegenheit gegeben, sich von Nazismus und Militarismus, unter individueller Behandlung des einzelnen Falles zu befreien.

**SPD Württemberg-Badens für Wiederherstellung der deutschen Souveränität**

Zur Aufriedung eines neuen demokratischen Deutschlands verlangte er eine baldige Wiederherstellung der Souveränität des deutschen Volkes, selbstverständlich unter der Kontrolle der Siegermächte.

Nach seinen Ausführungen allgemeiner Art kam Oberbürgermeister Veit auf den neuen Verfassungsvorschlag zu sprechen und forderte, daß in der Präambel der Verfassung zum Ausdruck kommen müsse, daß die Grundrechte erst nach dem Aufheben der Besatzung in Wirkung treten.

Es müsse weiter die Beteiligung der Arbeitnehmer an der industriellen Gestaltung festgelegt werden. Zusätzliche Vertreter der Arbeiter sollten an der Verwaltung der Betriebe beteiligt sein. Dieser Schritt sei ein Schritt auf dem Wege zum wahren Sozialismus sei unbedingt verfassungsmäßig festzuhalten. Der Privatkapitalismus dürfe allerdings dabei nicht durch einen Staatskapitalismus ersetzt werden, wenn der Wirtschaftsaufschwung sein Ende gefunden habe. Die SPD sei durchaus keine Gegnerin des Privatkapitalismus, sondern wende sich lediglich gegen seine wirtschaftliche und politische Zusammenstellung.

**SPD gegen Zweikammersystem und Staatspräsidenten**

Nachdrücklich sprach sich der Redner gegen das Zweikammersystem aus. Es verhindere jeglichen

Fortschritt in den Entscheidungen des Landtages. Eine einzige Kammer würde der Erhöhung des Verantwortungsbewußtseins des Landtages dienen, der sich nicht auf Korrektur oder Überwachung durch eine zweite Kammer verlassen könne. Ebensoviele sei ein Staatspräsident nötig.

**Keine finanzielle Garantie für die Kirche**

Veit erklärte zur Frage Kirche und Staat, daß finanzielle Garantien zugunsten der Kirche nicht übernommen werden sollten, solange Probleme wie die Abfindung von Fliegergeschädigten, die Regelung der Sozialversicherungen, noch keine Berücksichtigung gefunden hätten, besonders nicht vor Regelung der Währungsfrage, da sonst unerträgliche finanzielle Belastungsmomente in der Verfassung verankert sein könnten.

Was im Verfassungsentwurf nachzutragen wäre, erklärte Oberbürgermeister Veit, sei die Verankerung der Freiheit der Kunst und einer freien Wissenschaft.

**KPD vorläufig gegen neue Verfassung**

Im Auftrage der Kommunistischen Partei wandte sich der Abgeordnete Schreck-Mannheim grundsätzlich gegen eine neue Verfassung, solange wichtige Punkte, wie die Boden- und Industrie-Reform und die Frage der Konzerne, nicht geregelt seien. Die Bodenreform sei zur Beseitigung des größten Hungers der schwer arbeitenden Klasse notwendig. Der Abgeordnete bekannte sich zum Reichsgedanken, forderte aber, daß die arbeitende Klasse regiere, nachdem Feudalismus und Kapitalismus ihre Unfähigkeit bewiesen hätten. Er nahm gegen den geplanten Senat Stellung, der nur einer gewissen Schicht ein Vortrecht gäbe. Ein Staatspräsident sei ebenfalls überflüssig, seine Vollmachten könnten ihn nur zu Diktaturgeboten verführen.

**Auch die DVP gegen Zweikammersystem**

Das Zweikammersystem wurde von dem Vertreter der Demokratischen Volkspartei Württemberg-Badens, Kultusminister Dr. Th. Heuß, ebenfalls abgelehnt. Er stellte die Forderung auf, die Verfas-

sung von unechten Mehrheitsbeschlüssen zu schützen. Auch Dr. Heuß wandte sich gegen die Einführung eines Staatspräsidenten, dessen Aufgabe es lediglich sei, auf eine Krise zu warten, um aktiv werden zu können.

**Dr. Heuß gegen Machtposition der Kirche**

In der Trennung von Kirche und Staat müßte man gemeinsam eine Form suchen, in der sich beide zueinander stellen können. Die Kirche dürfe keine Machtposition vertreten und sich nicht auf die Parteien stützen, ebensowenig wie die Parteien auf ihrer Stellung zu den Kirchen politisches Kapital schlagen dürften.

In der Frage der Schulen vertritt er die Ansicht, sie seien gemeinsam für beide Konfessionen aufzubauen, während die Konfessionsschulen schon deshalb in den Hintergrund gedrängt werden müssen, weil die zerstörten Städte keine Möglichkeit hätten, Unterkunft für konfessionelle Schulen zu schaffen.

**Regierung und Verfassungsversammlung**

„Formell ist die Regierung der verfassungsgebenden Landesversammlung nicht verantwortlich“, erklärte der württembergisch-badische Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier auf einer Pressekonferenz. Die Regierung werde aber in Einvernehmen mit der Landesversammlung vorgehen und ihr Einfluß einräumen bis zu der durch die gegenwärtige Sachlage gegebenen Grenze.

Bis auf den Justizminister, der auf Grund seines hohen Alters von seiner Kandidatur bei der Wahl Abstand nahm, sind alle Regierungsmitglieder zugleich Mitglieder der Landesversammlung. Nach den Wahlen wurden in Württemberg-Baden keine Wünsche von Fraktionen und Änderungen in der Regierung geäußert.

Auf die Frage, ob die Landesversammlung sich nur mit der Verfassung beschäftigen soll, antwortete der Ministerpräsident, sobald auf diesem Gebiet ein Fortschritt erzielt sei, werde sie auch brennende aktuelle Fragen, wie die der Sozialversicherung, der Ernährung und das Problem der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Angriff nehmen.

## DANA funkt Aus aller Welt

**Washington.** Das Schicksal des neuen Preiskontrollgesetzes liegt in den Händen von 14 Mitgliedern des Kongresses, acht Demokraten und sechs Republikanern, die als gemeinsamer Ausschuss des Senats und des Repräsentantenhauses ihre Beratungen hinter verschlossenen Türen begannen, um einen neuen Gesetzentwurf zur Preiskontrolle auszuarbeiten, der von Präsident Truman angenommen werden kann.

**Washington.** Der amerikanische Außenminister Byrnes wird, wie Präsident Truman in einer Pressekonferenz bekanntgab, die Abordnung der Ver. Staaten auf der im September stattfindenden Vollversammlung der UN leiten. Zum Stellvertreter Byrnes wurde der republikanische Senator Warren R. Austin ernannt. Die weiteren Vertreter der Vollversammlung der UN werden der Vorsitzende des Senatsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten Senator Connally, Senator Vandenberg, Mrs. Eleanor Roosevelt und der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Repräsentantenhauses, Abgeordneter Bloom. (AP)

**Washington.** Präsident Truman wies die Möglichkeit, daß die Ver. Staaten der Sowjetunion in der nächsten Zeit einen Kredit gewähren könnten zurück. Er habe nicht die Absicht, dem Kongreß noch in dieser Sitzungsperiode um die Freigabe weiterer Summen für Auslandskredite zu ersuchen. (AP)

**Seattle (Washington).** Der sowjetische Marineleutnant Redin, der wegen Spionagedachts unter Anklage stand, wurde am Mittwoch vom hiesigen Bundesgericht für nicht schuldig befunden.

**London.** Feldmarschall Viscount Montgomery wurde am 17. d. Mts. zum Ehrenbürger der Stadt London ernannt.

**Paris.** Rene Mayer, der franz. Hohe Kommissar für deutsche und österreichische Angelegenheiten ist von seinem Posten zurückgetreten.

**Paris.** Edouard Daladier wurde am Donnerstag mit 311 gegen 132 Stimmen als Mitglied der französischen verfassungsgebenden Versammlung bestätigt. (AP)

**Prag.** Ein Abkommen über die Rückkehr der Tschechoslowaken aus Rumänien wurde am 10. Juli von der Tschechoslowakei und Rumänien unterzeichnet.

**Rom.** In ganz Italien sind weitere Streiks ausgebrochen. Die schwersten Auswirkungen hatte der Streik der Petrolarbeiter, der nach vier Wochen vergeblicher Verhandlungen ausbrach, lebenswichtige Betriebe stilllegte und die Verteilung der UNRRA-Hilfssendungen beeinträchtigte.

**CDU lehnt Staatspräsidenten ab**

Zur Frage der Nominierung eines Staatspräsidenten erklärte Dr. Walther, daß die CDU die Nominierung dieser Partei ablehne, dafür aber die Stellung des Ministerpräsidenten stärker ausgebaut sehen möchte. Er sprach sich gegen einen überparteilichen Parlamentarismus und damit für eine Einschränkung des Mißtrauensvotums aus.

**SPD lehnt Staatspräsidenten ab**

Nachdrücklich sprach sich der Redner gegen das Zweikammersystem aus. Es verhindere jeglichen

**Italiens Triester Hoffnungen**

Rom, 19. Juli. (AP) Der italienische Ministerpräsident de Gasperi erklärte zur Frage der Internationalisierung Triests, daß Italien nunmehr seine ganze Hoffnung auf die Entscheidung der allgemeinen Friedenskonferenz setze. „Ich fürchte“, sagte der Ministerpräsident, „daß die neue republikanische Regierung nicht weiterbestehen kann, wenn der von den Außenministern gefaßte Beschluß in der Triester Frage auf der Friedenskonferenz angenommen wird. Ich zweifle also daran, ob Jugoslawien diese Entscheidung annehmen wird, die in Wirklichkeit nur eine Verlegenheitslösung ist.“

In einem Interview mit einem Vertreter von Associated Press führte de Gasperi politische, wirtschaftliche und psychologische Argumente gegen die Internationalisierung der Triester Zone an.

Zur Berichtigung der italienisch-französischen Grenzlinie erklärte er: „Wir Italiener verstehen, daß wir eine Buße auf uns nehmen müssen, weil Italien einst ein Feind der Alliierten war. Wir haben daher den Verlust der Kolonien und der Flotte angenommen und den uns auferlegten Reparationsleistungen im allgemeinen zugestimmt. Eine so geringe Grenzberichtigung, wie sie im Gebiet von Triest und Briga vorgenommen wurde, empfinden wir jedoch nicht als gerechteste Sühne, sondern lediglich als eine Erniedrigung.“

**Italienische Note zur Triester Frage**

Rom, 19. Juli. (DANA) Die italienische Regierung sandte eine Note nach Paris, in der die italienischen Einwände in der Triester Frage dargelegt werden. In der Note wird zum Ausdruck gebracht, daß Italien während der Pariser Außenministerkonferenz nur wenig Zeit hatte, seine Stellungnahme vorzubringen.

## Friedensvertrags-Entwürfe fertiggestellt

**Paris, 19. Juli. (DANA)** Die Entwürfe für die Friedensverträge mit den ehemaligen Feindländern Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Italien, Japan und Finnland sind hier am Donnerstag von den Stellvertretern der Außenminister fertiggestellt worden. Sie wurden allen Teilnehmern an der Friedenskonferenz zugeestellt.

**Byrnes Leiter der amerikanischen Delegation**

Washington, 19. Juli. (DANA) Der amerikanische Außenminister Byrnes wird den Vorsitz der amerikanischen Delegation auf der Pariser Friedenskonferenz führen. Der Delegation werden weiterhin der republikanische Senator Arthur H. Vandenberg sowie Tom Connally, der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des Senats, angehören.

**Spaak leitet die belgische Delegation**

Paris, 19. Juli. (DANA) Die belgische Regierung gab bekannt, daß Außenminister Paul Henri Spaak die Delegation Belgiens bei der Friedenskonferenz leiten wird.

Die südafrikanische Friedensdelegation wird von Generalleutnant F. H. Th. van der Merwe geleitet werden.

Die französische Regierung ernannte Jean Marin zum Leiter des Informations- und Presse-

**„Washington Post“ schreibt hierzu:** „Wieweit die Vertreter der Sowjetunion Byrnes' Worte beherzigen werden, wird sich auf der kommenden Pariser Friedenskonferenz herausstellen.“ Die Ver. Staaten sind bereit, den Empfehlungen der Konferenz weitgehende Erwägung zu schenken. Wir können annehmen, daß auch Großbritannien und Frankreich hier nicht zögern werden. Müßigkeit auf Seiten der Sowjetunion, Bereitwilligkeit, auch andere anzuhören und ihre Meinungen mit dem Respekt aufzunehmen, die sie verdienen, würden sehr dazu beitragen, die Vollendung des Friedens zu beschleunigen, dessen die ganze Welt so dringend bedarf.“

„St. Louis Post Dispatch“ stellt u. a. fest: „Byrnes spielt ein schwieriges Spiel, und nur ein vorzüglicher Prophet könnte jetzt schon sagen, wie gut er es spielt. Die Sowjets sollten sich aber in Byrnes' nobelstem Ton nicht täuschen. Hinter diesem Ton steht ein starker Wille, dessen unmittelbare Absicht es ist, eine Lösung der deutschen Frage herbeizuführen, nicht nur eine scheinbare, sondern eine echte Lösung.“

Die Zeitung „Philadelphia Inquirer“ bemerkt zur deutschen Frage: „Die neue amerikanische Politik der Zusammenarbeit mit einem oder mehreren der Alliierten in Deutschland zeigt deutlich, daß wir versuchen werden, die wirtschaftliche Einheit Deutschlands herzustellen.“

„New York Times“ schreibt in ihrem Leitartikel u. a.: „Byrnes' Bericht ist ein Muster diplomatischer Aufrichtigkeit, in dem ein zermühter Optimismus von einem sich stetig steigernden Realismus des „Laßt den Worten nun Taten folgen“ begleitet wird.“

**Die US-Pressen zu Byrnes Bericht**

Washington, 19. Juli. (DANA) Die amerikanischen Zeitungskommentare zum Bericht des Außenministers Byrnes über die Pariser Konferenz beschärfen sich sehr stark mit der sowjetischen Haltung. Der von Byrnes vertretene Standpunkt wird von den Blättern ausnahmslos unterstützt.

**US-Hilfspakete für Deutsche**

**Fische für die amerikanische Zone — Herabsetzung der Zölle gefordert**

Berlin, 19. Juli. (DANA) Die erste Schiffladung mit Hilfspaketen für Deutsche in der amerikanisch-brit. Besatzungszone in Ausführung des Hilfsprogrammes der amerik. Vereinigung „Care“ traf in Bremen am Bord des Dampfers „American Ranger“ ein.

„Care“ ist eine Organisation, in der sich eine große Anzahl von amerik. Wohlfahrtsvereinigungen zusammengeschlossen haben.

Die in Bremen eingetroffene Ladung enthält insgesamt 35 000 Pakete, deren Inhalt aus Nahrungsmitteln, Seife und anderen wichtigen Bedarfsgegenständen besteht. Sie wird den Verteilungszentren in den beiden Zonen zur Auslieferung an die Empfänger zugeleitet. Die in jedem Paket befindlichen Nahrungsmittel haben einen Gehalt von etwa vierzigtausend Kalorien.

Die nächste Ladung von „Care“-Paketen für Deutsche soll am 24. Juli in New York abgehen. Eine Ladung von 3 333 Faß Schellfisch und 3 692 Faß Salzheringen für die Bevölkerung der US-Zone traf außerdem mit dem amerik. Frachtdampfer „Skagen“ in Bremen ein. Die Ladung wurde sofort auf Fließbänder umgeschlagen und auf dem Wasserwege nach ihrem Bestimmungsort weitergeleitet.

**Programm zur Herabsetzung der Zölle**

Washington, 19. Juli. (AP) Ein umfassendes Programm zur Verringerung der Zölle für Tausende von Waren wird gegenwärtig von der Regierung der Ver. Staaten vorbereitet. Es soll den nächsten Schritt zur Ausweitung des Welthandels

## Letzte Neuigkeiten

**Washington, 20. Juli. (DANA)** Japan muß nach einem von der Alliierten Fernostkommission gefaßten Beschluß unverzüglich alle Werte zurückgeben, die es während des Krieges aus alliierten Ländern gestohlen hat, z. B. industrielle Maschinen, Gold, andere Edelmetalle und Devisen.

**Prag, 20. Juli. (DANA)** Die Durchführung des Zweijahresplanes hängt von der Erfassung der notwendigen Arbeitskräfte ab, erklärte der tschechoslowakische Ministerpräsident Gottwald. Allein in der Landwirtschaft seien bisher über 400 000 Deutsche beschäftigt gewesen, die ausgewiesen wurden. Zur Freimachung von Arbeitskräften kündigte der Ministerpräsident eine Einschränkung des Verwaltungsapparates an.

**Kriegsgefangene aus der Sowjetunion**

Berlin, 19. Juli. (DANA). Mit dem Eintreffen des ersten Kriegsgefangenentransportes aus der Sowjetunion wird jeden Tag gerechnet, schreibt die Zeitung „Neues Deutschland“. Insgesamt werden bis Mitte Oktober dieses Jahres 120 000 Kriegsgefangene aus der Sowjetunion erwartet.

Bis Mitte August sollen 50 000, bis Mitte September weitere 30 000 und die übrigen 40 000 bis Mitte Oktober entlassen werden. Die Kriegsgefangenen werden bis zur Zusammenstellung der Transporte in die Quarantänelager einige Tage in Frankfurt/Oder bleiben. Nach vierzehn Tagen werden sie aus der Quarantäne endgültig entlassen.

**Britischer Protest gegen Franco**

London, 19. Juli. (DANA) Eine von 106 Mitgliedern des britischen Parlaments unterzeichnete Protesterklärung gegen das Franco-Regime wurde am 17. d. Mts. veröffentlicht.

„Wir betrachten die gegenwärtige Regierung in Spanien“, heißt es darin, „als eine Clique, die sich widerrechtlich die Macht angeeignet hat.“ Es wird darauf hingewiesen, daß am 18. Juli vor zehn Jahren die Rebellion Francos gegen die gesetzmäßige demokratische Regierung des damaligen Spaniens begonnen habe. Die Erklärung bringt weiter den Abscheu gegen das faschistische spanische Regime und das Vertrauen in die Exilregierung Dr. Giral zum Ausdruck. Man müsse hoffen, heißt es an einer anderen Stelle, daß Spanien bald mit den von den faschistischen Tyrannen befreiten Ländern vereint sei.

Die Protesterklärung schließt mit den Worten: „Wir eruchten unsere eigene Regierung dringend, auf dem Wege über die Organisation der Vereinten Nationen Maßnahmen zu ergreifen, um dem spanischen Volk bei der Wiedergewinnung seiner Freiheit zu helfen.“

**Ständige US-Verbindungsgruppe im Ruhrgebiet**

Berlin, 19. Juli. (DANA). Eine ständige amerikanische Verbindungsgruppe im Ruhrgebiet mit dem Hauptsitz in Essen wurde im Hinblick auf die besondere Wichtigkeit der Kohle- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes für den Wiederaufbau der Industrie in der amerik. Besatzungszone eingerichtet, gab Generalmajor William H. Draper als Leiter der Wirtschaftsabteilung der amerik. Militärregierung bekannt. Diese Verbindungsgruppe soll den Transport von Ruhrkohle und -Stahl, die für die amerik. Besatzungszone bestimmt sind und die Lieferung von Bergwerk- und anderem Ausrüstungsmaterial von der amerik. Zone in das Ruhr- und Saargebiet unterstützen.

Vorsitzender dieser neuen Stelle ist Oberst Ellis F. Altman, der stellvertretende Leiter der Industrieabteilung. Neben der Hauptstelle in Essen werden in Düsseldorf, dem Stahlzentrum des Ruhrgebietes und im Saargebiet in der franz. Zone Zweigstellen der Verbindungsgruppe eingerichtet.

## Die „harmlosen“ Marine-Aufträge

Der „tief beeindruckte“ Dönitz — Raeder ließ sich „beruhigen“

**Nürnberg, 19. Juli. (DANA)** Dr. Kranzbühler nahm in seiner Verteidigungsrede für Dönitz hauptsächlich zu folgenden Vorwürfen der Anklage gegen Dönitz Stellung: Die unbedachte Verbringung von Schiffen und die vorsätzliche Tötung von Schiffbrüchigen durch die deutsche Kriegsmarine. „Alle Maßnahmen“, so behauptete der Verteidiger, „die heute von der Anklage der deutschen Seekriegsführung vorgeworfen werden, waren das Ergebnis seiner Wirkung, an der, wie bei jeder Entwicklung im Krieg, beide Seiten durch Zug und Gegenzug beteiligt waren.“

Das deutsche Oberkommando habe, fuhr Dr. Kranzbühler fort, bei Kriegsausbruch an dem Londoner Protokoll von 1936 als rechtlicher Grundlage für den U-Bootkrieg festgehalten, aber „das Verfahren der Geisensicht“ habe „eine solche Haltung militärisch unmöglich“ gemacht und zugleich alle rechtlichen Voraussetzungen für seine Aenderungen geschaffen.

Dr. Kranzbühler erwähnte noch einmal die „jüdische“ Versenkung der „Athena“. (Die Eintragung über den Vorfall in das Kriegstagebuch des U 30 war auf Dönitz' Weisung entfernt worden.) „Ich sehe in einer solchen Maßnahme nichts unmoralisches“, erklärte Dr. Kranzbühler, „schweige denn rechtswidriges. Beide Admirale (Dönitz und Raeder) haben hier erklärt, daß sie sich voll verantwortlich fühlen für alle Befehle des Seekrieges, die sie erteilt oder weitererteilt haben.“ Dr. Kranzbühler setzte jedoch hinzu, „soweit in den Befehlen für den U-Bootkrieg politische Überlegungen entscheidend waren, hatte der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine darauf keinen Einfluß.“

Zu dem von der Anklage gegen Dönitz erhobenen Vorwurf der „vorsätzlichen Tötung von Schiffbrüchigen“ führte Dr. Kranzbühler als Argument an, daß für deutsche U-Boote der Grundsatz sei, daß sie nicht veranlaßt werden dürften, auf Schiffbrüchigen veranzulassen versenkter Schiffe zu helfen, nur wenn es von der Durchföhrung der militärischen Aufgaben nicht beeinträchtigt würde.

Abschließend wies Dr. Kranzbühler darauf hin, daß Dönitz von Hitler „aufs tiefste beeindruckt“ worden sei, daß aber „diese Bindung an den Führer“ die Beherrschung mit der Partei den Großadmiral niemals dazu veranlaßt habe, etwas mitzumachen, was er nicht vor seinem Gewissen verantworten konnte. „Ich will nun keinesfalls den

Eindruck erwecken“, sagte Dr. Kranzbühler, „Admiral Dönitz sei kein Nationalsozialist gewesen. Im Gegenteil, ich möchte gerade an seinem Beispiel die Unrichtigkeit der These beweisen, daß jeder Nationalsozialist ein Verbrecher sein muß.“

**Raeder war „nur“ Soldat**

(DANA Sonderberichterstatter Hubert Serwe). Der Fall des angeklagten ehem. Großadmirals Erich Raeder ist nicht isoliert von den anderen Fällen ab, als die Tätigkeit dieses Mannes viel weiter in die Vor-Nazizeit zurückgreift, als die seiner Mitgenossen. Raeder gehörte zu jenen Personen, die ihren großen Einfluß geltend machten, um dem im Wachstum begriffenen Nationalsozialismus in der Republik zahlreich vorhandenen reaktionären Kräfte zuzuföhren.

Dr. Siemers faßte seine Beweisführung für Raeder folgendermaßen zusammen: „Der Hitler wesentliche Leistungen auf militär. und wirtschaftl. Gebiet vorbringen wollte, geschah etwas Eigenartiges: Unter den Nationalsozialisten waren für diese Gebiete keine Fachleute. Deshalb nahm Hitler trotz seines Wunsches, nur Nationalsozialisten um sich zu haben, zunächst Fachleute, z. B. für die Marine Raeder.“

Hätten diese Fachleute Hitler ihre Dienste nicht zur Verfügung gestellt, dann wäre er nie in der Lage gewesen, seine Verbrechen zu begehen. Dieser Schwäche in seiner Beweisführung bezognete Dr. Siemers mit der Behauptung, Raeder sei nie ein Politiker und zu jeder Zeit nur Soldat gewesen, der die von seinem obersten Kriegsherrn gegebenen Befehle ausführte.

Die Aufträge der deutschen Marine an niederländische U-Boot-Werften Ende der zwanziger Jahre stellte Dr. Siemers als harmlos hin, da diese Boote an die Türkei und Finnland geliefert worden seien.

In einer Besprechung am 5. November 1937 habe Hitler seiner Meinung dahingehend Ausdruck verliehen, daß er von der Nichtbeteiligung Englands überzeugt sei und daher auch an eine kriegerische Aktion Frankreichs gegen Deutschland nicht glaube.

**Hitlers „einzig“ Angst**

Eine andere Rede Hitlers vom 23. Mai 1939 charakterisierte Dr. Siemers mit folgenden Worten: „Hitler sprach auch hier wieder in der bedenkenlichsten Weise, die man sich vorstellen kann. Er

antworten konnte. „Ich will nun keinesfalls den

## US-Hilfspakete für Deutsche

Fische für die amerikanische Zone — Herabsetzung der Zölle gefordert

Berlin, 19. Juli. (DANA) Die erste Schiffladung mit Hilfspaketen für Deutsche in der amerikanisch-brit. Besatzungszone in Ausführung des Hilfsprogrammes der amerik. Vereinigung „Care“ traf in Bremen am Bord des Dampfers „American Ranger“ ein.

„Care“ ist eine Organisation, in der sich eine große Anzahl von amerik. Wohlfahrtsvereinigungen zusammengeschlossen haben.

Die in Bremen eingetroffene Ladung enthält insgesamt 35 000 Pakete, deren Inhalt aus Nahrungsmitteln, Seife und anderen wichtigen Bedarfsgegenständen besteht. Sie wird den Verteilungszentren in den beiden Zonen zur Auslieferung an die Empfänger zugeleitet. Die in jedem Paket befindlichen Nahrungsmittel haben einen Gehalt von etwa vierzigtausend Kalorien.

Die nächste Ladung von „Care“-Paketen für Deutsche soll am 24. Juli in New York abgehen. Eine Ladung von 3 333 Faß Schellfisch und 3 692 Faß Salzheringen für die Bevölkerung der US-Zone traf außerdem mit dem amerik. Frachtdampfer „Skagen“ in Bremen ein. Die Ladung wurde sofort auf Fließbänder umgeschlagen und auf dem Wasserwege nach ihrem Bestimmungsort weitergeleitet.

**Programm zur Herabsetzung der Zölle**

Washington, 19. Juli. (AP) Ein umfassendes Programm zur Verringerung der Zölle für Tausende von Waren wird gegenwärtig von der Regierung der Ver. Staaten vorbereitet. Es soll den nächsten Schritt zur Ausweitung des Welthandels

## US-Hilfspakete für Deutsche

Fische für die amerikanische Zone — Herabsetzung der Zölle gefordert

Berlin, 19. Juli. (DANA) Die erste Schiffladung mit Hilfspaketen für Deutsche in der amerikanisch-brit. Besatzungszone in Ausführung des Hilfsprogrammes der amerik. Vereinigung „Care“ traf in Bremen am Bord des Dampfers „American Ranger“ ein.

„Care“ ist eine Organisation, in der sich eine große Anzahl von amerik. Wohlfahrtsvereinigungen zusammengeschlossen haben.

Die in Bremen eingetroffene Ladung enthält insgesamt 35 000 Pakete, deren Inhalt aus Nahrungsmitteln, Seife und anderen wichtigen Bedarfsgegenständen besteht. Sie wird den Verteilungszentren in den beiden Zonen zur Auslieferung an die Empfänger zugeleitet. Die in jedem Paket befindlichen Nahrungsmittel haben einen Gehalt von etwa vierzigtausend Kalorien.

Die nächste Ladung von „Care“-Paketen für Deutsche soll am 24. Juli in New York abgehen. Eine Ladung von 3 333 Faß Schellfisch und 3 692 Faß Salzheringen für die Bevölkerung der US-Zone traf außerdem mit dem amerik. Frachtdampfer „Skagen“ in Bremen ein. Die Ladung wurde sofort auf Fließbänder umgeschlagen und auf dem Wasserwege nach ihrem Bestimmungsort weitergeleitet.

**Programm zur Herabsetzung der Zölle**

Washington, 19. Juli. (AP) Ein umfassendes Programm zur Verringerung der Zölle für Tausende von Waren wird gegenwärtig von der Regierung der Ver. Staaten vorbereitet. Es soll den nächsten Schritt zur Ausweitung des Welthandels

# Zum 20. Juli 1944

## Die Tragödie und Lehre der deutschen Widerstandsbewegung

Von Werner Orth

In diesen Tagen, in denen die ersten Sitzungen der freien und heimlicher Abstimmung gewählten Landesversammlungen uns eindringlich vor Augen führen, wie sich unser politisches Leben in den letzten zwei Jahren geändert hat, erscheint die Erinnerung an den 20. Juli 1944 besonders angemessen. Zwei Gedanken drängen sich dabei auf: Einmal die Tatsache, daß durch das Unternehmen des Obersten von Stauffenberg aller Welt gezeigt worden ist, daß neben der Masse der Hitleranhänger auch in Deutschland eine Widerstandsbewegung arbeitete, zum anderen, in welchem Ausmaß Hitler das Wort seiner mächtigen Rundfunkansprache wahr machte, „unmehr erbarmungslos Schluß zu machen“ mit allen innerpolitischen Gegnern.

Wissenden war es klar vom 30. Januar 1933 an, daß das deutsche Volk durchaus nicht in seiner Gesamtheit zu Hitler stand, daß zum mindesten eine latente Opposition vorhanden war, die mit allen Kräften des Geistes und der Seele den Mann hätte und bekämpfte, der als „Führer“ eines barbarischen Systems sich ansah, das das Vaterland in seine dunkelste Nacht zu stürzen. Die nach dem Reichstagsbrand Verhafteten waren die ersten unschuldigen Opfer, die den Weg in die Gefängnisse und Zuchthäuser und bald darauf in die von Herrn Frick für Deutschland neu erfundenen Konzentrationslager antreten mußten. Sie waren die Unsrhigen, die in immer steigendem Maße die Zwangsanstalten aller Art im Laufe der Jahre füllten, halfen schon damals den Weg bereiten, der zum Bombentatort führte.

Die Ereignisse des 20. Juli 1944 zeigten jedem, der sehen wollte, die Größe und die Gewalt der gegen Hitler arbeitenden Kräfte. Hier soll keine historische Darstellung jener Ereignisse, die jeder Interessierte nachlesen mag, gegeben werden. Wichtig vor allem ist die Tatsache, daß an der Vorbereitung des Anschlages weit mehr Menschen beteiligt waren, als man damals zugeben wollte und durfte, daß der Bogen der Verschwörung sich über alle Bevölkerungsschichten und Stände spannte und es weder lediglich eine „kleine“ Generalstabskammer noch nur ein Teil des Adels war, der damals versuchte, die schlimmste Katastrophe von Deutschland abzuwenden.

Auch ohne die uns durch die „Neue Zürcher Zeitung“ mitgeteilten Aussagen zweier wichtiger und an der Tat unmittelbar beteiligter Zeugen erscheint es logisch und einleuchtend, daß die Gruppen des Widerstandes erheblich weiter verzweigt waren und es sein mußten, als es zunächst dem flüchtigen Beobachter schien. Schon damals war es klar, daß die Männer, die unmittelbar an der Beseitigung Hitlers arbeiteten, sich nicht lediglich auf sich selbst stützen konnten. Der Versuch, die in Deutschland herrschenden Machtverhältnisse zu beseitigen, konnte ja nicht um seiner selbst willen unternommen werden. Es hätte keinerlei Wert gehabt, Hitler zu beseitigen, wenn man nicht bereit war, an die Stelle der nationalsozialistischen Diktatur etwas anderes zu setzen. Man kann auch nicht ohne Umsturzversuch den Umsturz vorbereiten, es handelte sich lediglich um reaktionäre Elemente, die um ihrer eigenen persönlichen Zukunft willen an die Stelle der einen Diktatur eine andere setzen wollten. So sehr alle Beteiligten damit rechnen mußten, bei einem Mißlingen ihr eigenes Leben und darüber hinaus das ihrer Angehörigen mit Sicherheit zu gefährden, und so sehr sie alle frohlos auch damit gerechnet haben, so sicher auch haben sie eine Chance gesehen, nach gezieltem Anschlag das Steuer herumzuwerfen zu können.

Mit dem Tod Hitlers wären noch längst nicht alle nationalsozialistischen Zwingherrn gefallen. Erinnern wir uns, daß nach dem 20. Juli Hitler selbst gar nicht mehr in Erscheinung trat, daß vielmehr Himmler der mächtigste Mann in Deutschland war. Er und seine auch zahlreiche andere hätten nach einem Gelingen des Anschlages zweifellos versucht, ihre Positionen zu halten, und ebenso zweifellos wäre es zu blutigen Auseinandersetzungen innerhalb Deutschlands gekommen. Sie in antisozialistischen Sinne zu beseitigen, konnte aber nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn die Verschwörer damit rechnen durften, in weiten Kreisen des Volkes und der Wehrmacht Zustimmung zu finden. Hierzu aber war es notwendig, den geplanten Umsturz von langer Hand vorzubereiten.

So hat der Konspiratorialrat Dr. Theodor Gerstenmaier mitgeteilt, daß schon im Jahre 1937 in seinem politischen Freundeskreis die Absicht bestanden hatte, Hitler in planmäßig angelegter Aktion zu töten, um dem rasend fortschreitenden Zerfall aller kulturellen und menschlichen Werte in Deutschland Einhalt zu setzen. Die für das Gelingen des Umsturzversuchs neben der Wehrmacht besonders wichtige Verbreitung der Widerstandsbewegung in zivilen Kreisen wurde unter der Führung ehemaliger Gewerkschaftler aller Richtungen und der ehemaligen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Mierendorff, Haba und Leber eifrig betrieben. Die Aufgabe Dr. Goerdelers war es geradezu, alle Widerstandstendenzen „von rechts bis links“ zusammenzufassen. Hierdurch wird aber jede Theorie als falsch erwiesen, die heute nur von einer reaktionären Unternehmung etwas wissen will.

Der später in Nürnberg Prozeß als Zeuge vernommene Dr. A. B. Gievius betont ausdrücklich die besondere Wichtigkeit aller Menschen, die irgendwie in Deutschland, und sei es

auch nur durch „kleine“ Sabotageakte oder durch Flugblattverteilung, auf das Gelingen des Umsturzversuches hingearbeitet haben. So erscheint der 20. Juli 1944 nur als das besonders deutliche Kennzeichen für eine Widerstandsbewegung in Deutschland, die nur deshalb nicht schon vor dem Kriege zum Zuge kommen konnte, weil Hitler auf außenpolitischem Gebiet immer wieder zu Erfolgen gelangte, die seine Stellung bei den Massen stärkten. Es darf heute als sicher gelten, daß der Umsturzplan schon dann greifbare Formen angenommen hätte, wenn das Ausland etwa bei der Besetzung Oesterreichs oder der Tschechoslowakei, Hitlers diplomatische Erfolge nicht zugelassen hätte. Die Männer des 20. Juli 1944 hatten ohne Frage beabsichtigt, den entscheidenden Schlag so früh wie möglich zu führen, der ihnen dann vor 2 Jahren mißlungen ist.

Sie wußten, daß sie für den Fall des Mißlingens ein grausames Schicksal erwartete. Hitler, den der General Halder schon im Jahre 1938 als „Verbrecher, Blutsäufer und Wahnsinniger“ bezeichnet hatte, der seine eigenen Parteigenossen beim geringsten Anzeichen einer Opposition ohne Gnade vom Leben zum Tode befördern ließ, dieser „Führer“ der Millionen Befehle nicht einmal dem kriegserfahrenen Gegner das Leben ließ, konnte Männern gegenüber keine Gnade kennen, die ihn selbst besitzten wollten. Wir erinnern uns, daß nicht nur die unmittelbaren Beteiligten auf grausame Art getötet wurden, sondern daß tausende Unschuldiger infolge der sogenannten „Sippenhaftung“ ihr Leben einbüßten. Und von unzähligen Angehörigen der riesengroßen Heer der Toten auf, die nur deshalb sterben mußten, weil sie für Menschenwürde und Freiheit, für Gerechtigkeit und Sauberkeit, gegen Rassenhaß und geistige und materielle Zerstörungswut verblendet, Verbrecher waren. Und wir wollen nicht vergessen, daß diese barbarischen Zustände nicht möglich gewesen wären, wenn nicht Millionen Bürger zu Kreuze gekrochen wären. Wenn jeder der Deutsche sein Antlitz vor Scham verhillen möchte, daß dergleichen in seinem Vaterland geschehen konnte, wieviel mehr müssen es jene tun, die durch ihre Mitgliedschaft zu Hitlerischen Organisationen den Wahnsinn der Nazizeit erst er-

möglichten! Auch wenn sie subjektiv in gutem Glauben gewesen sein mögen, erfordert es der einfachste menschliche Anstand, daß sie voller Scham einsehen, wie sie gefehlt haben. Wie billig und unwürdig ist es, wenn sie heute bemüht sind, den „Zwang“ nachzuweisen, unter dem sie ihre Mitgliedschaft erworben haben, angesichts der Opfer des 20. Juli, die ohne „Rückblick auf Stellung, Familie und Geschäft“ gebracht wurden. Wenn es Menschen gibt — und es gibt deren übergenug — die sich heute vorwerfen, nicht genau getan zu haben im Kampf gegen die braune Diktatur, dann sollten diese bescheidener sein, die zwölf furchtbaren Jahre lang sich duckten um ihrer persönlicher Vorteile willen. Hierunter zählen wir auch jene, die dem Verstand einzogestrichelt haben, den Kriegsvorbereitung und Kriegführung ihnen boten, auch wenn sie heute mit einem weißen Fragebogen zu den Seiten meinen.

Der Sinn des 20. Juli 1944 scheint uns nicht darin zu liegen, daß gerade durch sein Mißlingen und die durch ihn nicht aufgehaltene vollkommene Katastrophe erst die letzten Reste reaktionärer Barbarei hinweggeräumt werden mußten. Sie sind es nicht. Und wer mit offenen Augen und Ohren durch unsere Tage geht, der weiß, auch die Gefahr einer neuen Doldstößelende nicht gebannt ist. Es kann sich bei dem historisch-politischen Sinn dieses Tages nur darum handeln, daß hier aller Welt gezeigt worden ist, daß auch im deutschen Volk eine Widerstandsbewegung bestand, die sich sehr wohl an die Seite der Widerstandsbewegung anderer Länder stellen kann. Und wenn etwas dazu ansetzen ist, zur Ehrenrettung der deutschen Völker beizutragen, so ist es die- ser Tag, an dem deutsche Männer und Frauen, Generale und Geistliche, Beamte und Arbeiter, Große und Kleine versucht haben, ihr Vaterland und die Welt von dem Alpdruck eines teuflischen Diktators zu befreien. Ihnen allen und allen jenen, die den deutschen Passionsdrang nach einem grausamen und martervollen Tod säumen, in Konzentrations- und Zuchthäusern, in Gefängnissen und Strafkolonien schmachteten, den Ausgrenzten und Verdrängten sind wir sehr schuldig, dafür zu sorgen, daß im werdenden deutschen Staat niemals wieder eine barbarische Minderheit mit brutaler Macht alles hinwegfegt, was dem Menschen an Würde und an Rechten mitgegeben ist von der Wiege an.

So sei das Gedenken an den 20. Juli 1944 ebensoviele eine Warnung für alle, die auf ein Wiedererstehen des Diktators bauen, wie eine mahnende Verpflichtung für alle, die am Aufbau eines würdigen Staates Mitschaffenden.

Washington, 19. Juli. (DANA) Der amerikanische Handelsminister Wallace erklärte anläßlich der Eröffnungssitzung eines zweitägigen Kongresses über Atomfragen: „Die Menschheit würde vielleicht einen neuen dem jüngst beendeten ähnlichen Krieg überstehen“, sagte der Handelsminister, „doch wird sie keinen Krieg überleben, in dem die Atombombe angewandt würde. Ich stimme vollkommen mit jenen überein, die sich mit dem immer grüßeren Problem des Krieges an sich auseinandersetzen. Aber man sollte sich noch viel mehr und sofort mit der Frage befassen, wie die internat. Panikstimmung überwunden werden soll, die möglicherweise einen Atomkrieg herbeiführen könnte. Während heute jedermann von einer Kontrolle der Atombombe spricht, haben sich bisher nur wenige über ihre Weiterentwicklung für friedliche Zwecke Gedanken gemacht. Es ist ein Traß, daß unter den gegenwärtigen Umständen sowohl über die Anwendung der Atombombe für militärische Zwecke geredet wird.“

Eine internat. Behörde, die sich mit der Weiterentwicklung der Atombombe auf dieser Grundlage beschäftigen würde, wäre daher nicht nur das erste Weltforschungsinstitut für die Wissenschaft, sondern auch ein bedeutendes Laboratorium für die menschlichen Beziehungen.“

New York, 19. Juli. (AP) Jede durch Vertrag geschaffene Zentralbehörde zur Kontrolle der Atombombe muß bei Durchführung ihrer Aufgaben volle Selbständigkeit besitzen, so erklärte der australische Vertreter Dr. Evatt am Montag in einer nicht öffentlichen Sitzung des Unterausschusses für Atombnergie, in deren Verlauf Vorschläge für Errichtung einer solchen Zentralstelle für Atombnergie beraten wurden. „Niemand dürfe, wie Dr. Evatt weiter ausführte, in der Geschäftsordnung der neuen Zentralbehörde zur Kontrolle der Atombnergie ein Vetorecht eingeräumt werden. Der Sicherheit würde durch die Arbeiten einer selbständigen Zentralbehörde in der Durchführung seiner Aufgaben im Rahmen der Charta der UN keineswegs behindert werden.“

Uran und Thorium in internationalen Besitz  
Washington, 19. Juli. (AP) Die Ver. Staaten übermittelten am 5. Juli dem UN-Atomenergieausschuß ein Memorandum, das die Ueberführung des in der ganzen Welt vorkommenden Urans und Thoriums in internationalen Besitz fordert. Das Dokument, das den von Bernard Baruch vorgelegten Plan zur Kontrolle der Atombnergie erweitert, schlägt im einzelnen Kontrollmaßnahmen vor, welche die Ver. Staaten als Ausgleich für die Vernichtung ihres eigenen Vorrats an Atombomben verlangen.

Zerstörung deutscher Befestigungsanlagen  
Berlin, 15. Juli. (DANA) Rund 60 Prozent aller deutschen Befestigungswerke und Verteidigungsanlagen in der amerik. Besatzungszone wurden zerstört.

Industriegewerkschaften im Aufbau  
Duisburg, 19. Juli. (DANA) Die in der Nordrheinprovinz errichteten 14 Industriegewerkschaften im Aufbau der britischen Militärregierung bis zum 1. August ihre Generalversammlungen abhalten, die Sitzungen genehmigen und ihren Vorstand wählen.

Am 11. Juli fand hier die erste Generalversammlung der Industriegewerkschaft Transport und Verkehr im rechtsrheinischen Bezirk statt. Der erste Vorsitzende der Duisburger Gewerkschaften forderte u. a. die Verbindung der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft, die Forderung der Sozialversicherung und die Förderung des Nachwuchses. Die Gewerkschaften müßten für die Schaffung eines einheitlichen Deutschland eintreten.

Einheitlichkeit der Gewerkschaftsbewegung  
Berlin, 19. Juli. (DANA) Das bedeutendste Ergebnis der Frankfurter Gewerkschaftstagung, die am 13. und 14. Juli unter Teilnahme von Gewerkschaftsvertretern aus allen Zonen stattfand, war nach Ansicht des Vorstandsmittels des Freien deutschen Gewerkschaftsbundes der Wunsch, die völlige Übereinstimmung in der Frage der Schaffung einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung.

Zur Frage der Form der Gewerkschaftsorganisationen erklärten die in Berlin getundene Lösung der Bildung von Industriegewerkschaften komme auch für die anderen Zonen in Frage. Bei Besprechung des Verhältnisses der einzelnen Gewerkschaften zum Gewerkschaftsbund sei man zu dem Ergebnis gekommen, daß die Exekutive in allen Zonen der wirtschaftlichen und sozialen Gewerkschaftsarbeit beim Bund liegen müsse. Die Beschlüsse nach den Sitzungen des Bundes durchgeführt werden müßten.

London, 19. Juli (AP) Die Sowjetunion hat die Versäufnisse der Ver. Staaten und Großbritannien zur Herabsetzung der österr. Reparationsleistungen abgelehnt. Sie besteht darauf, industrielles Eigentum im Werte von 22 Millionen Dollar, das in Ost-Oesterreich beschlagnahmt hat, zu behalten. Die Sowjetunion setzte ihren Standpunkt in einer langen Note auseinander, die der österr. Regierung übergeben wurde. Wie AP erfährt, beanstandet sie als Reparationsleistung eine ganze Reihe industrieller Vermögenswerte, unter denen sich nahezu alle diejenigen befinden, die die amerikanischen und brit. Behörden von den Reparationsleistungen auszunehmen wünschen.

Gegen die überhöhte Tabaksteuer  
Eine Eingabe des Länderratdirektoriums  
Stuttgart, 19. Juli. (DANA) Das Länderratdirektorium hat die amerikanische Militärregierung in einer Eingabe um Abänderung des Kontrollgesetzes Nr. 26 vom 10. Mai 1946 gebeten, das die Besteuerung von Tabakwaren betrifft. Die Eingabe enthält vor allem die folgenden Punkte: Die Steuer in Prozenten der Kleinverkaufspreise ausgedrückt, im Verhältnis ebenso hoch sein sollte, wie die früheren Steuersätze. Anstelle der jetzt eingeführten Steuersätze von 70 bis 90% Aufschlag auf den Verkaufspreis der verschiedenen Tabakwaren sollten die Prozentsätze 55 bis 80% des Kleinverkaufspreises für Tabakwaren nicht übersteigen.

Die Eingabe des Länderratdirektoriums geht davon aus, daß der außerordentlich hohe Steuersatz von 90% Aufschlag auf den Kleinverkaufspreis für Zigarren, Zigarillos und Stumpen, wie er im Kontrollgesetz Nr. 26 festgesetzt worden ist, einen beträchtlichen Teil ihrer Tabakproduktion herbeiführen müßte, umso mehr, als die Steuersteuermethode eine vollständige Umwälzung in der relativen Steuerbelastung für die einzelnen Tabakwaren bedeute. Auch solle man vermeiden, daß die große Masse der Raucher durch die extreme Höhe der Steuersätze zweifellos zu werden würde, einen Teil ihrer Tabakproduktion auf dem Schwarzmarkt zu verhandeln, um mit dem Erlös ihren eigenen kleinen Tabakanteil herauszuschlagen.

In der Länderratsingabe heißt es: Tabak kann heute in Deutschland nicht mehr ausschließlich als Genussmittel angesehen werden, sondern ist in vielen Fällen ein Abkennungs- und Berufungsmittel gegen Hunger und Sorgen. Je höher die Steuerlast auf Tabakwaren sind, desto mehr wird die Bevölkerung versuchen, sich Tabakwaren auf Schwarzwegen zu beschaffen. Es ist eine Erfahrungstatsache, daß, wenn die Steuerlast überhöht wird, als Reaktion eine Unzufriedenheit beim deutschen Arbeiter eintritt, die zweifellos in einem weiteren Absinken des allgemeinen Leistungswillens ihren Ausdruck finden würde.

Engere Zusammenarbeit der Zonen  
Stuttgart, 19. Juli. (DANA). Zur Koordinierung der deutschen Verwaltungsstellen in der amerikanischen und brit. Zone ist nach einer Verlautbarung des Länderrates beabsichtigt, ein System der gegenseitigen Information über Fragen der Verwaltung, der Angestelltenausbildung sowie der Haushaltskosten einzuführen.

Eisenbahnabkommen  
Das Länderratdirektorium hat in seiner Donnerstagssitzung eine endgültige Formulierung des Eisenbahnabkommens für die drei Länder in der amerik. Zone beraten. Der Entwurf dieses Abkommens wird bei der nächsten Länderratsitzung am 6. August zur Genehmigung vorgelegt werden. Der Länderrat sieht die Übertragung der Durchführungkontrolle für Steuerzölle in sämtlichen Besatzungszone an das oberste Steuergericht in München vor.

Ernährungsbilanz Württemberg-Baden  
Stuttgart, 19. Juli. (DANA) Vom 1. Juli 1945 bis zum 30. Juni 1946 wurden in Württemberg-Baden insgesamt 298 018,51 Tonnenn Brotgetreide verbraucht, heißt es in einem Bericht der Abteilung für Ernährung und Landwirtschaft der Militärregierung, der den Getreideverbrauch an Lebensmittel in Württemberg-Baden im Laufe der vergangenen zwölf Monate sowie das Verhältnis der heimischen Erzeugung zum Import wiedergibt.

44,2 Prozent des gesamten Brotgetreides stammten aus dem Lande, während der Rest aus Getreide der amerikanischen Armee und aus Importen stammte. Der Fleischverbrauch betrug in der gleichen Zeit 28 324,94 Tonnenn, während der Rest aus heimischen Quellen gedeckt, während der Rest aus Bayern importiert werden mußte. Der Verbrauch an Hülsenfrüchten, Trockenreis, Trocken- und Konservengemüse, Schokolade und Grape-Fruit-Saft wurde dagegen ausschließlich durch amerikanische Warenbestände und Lieferungen aus den Vereinigten Staaten entnommen.

Bei einem Gesamtverbrauch von 1 146 307,08 Tonnenn Lebensmitteln wurden 73 Proz. oder 839 078,28 Tonnenn von der heimischen Erzeugung gestellt. 26,7 Prozent oder 368 079,50 Tonnenn wurden aus Österreich und der Rest aus Bayern eingeführt. 4 265,66 Tonnenn Frischfleisch, die in dem Zeitraum verzehrt wurden, wurden ausschließlich von Weesermünde geliefert.

CDU Söllingen und Generalsekretär Schwan  
Der Generalsekretär der CDU, Herr Schwan, Karlsruhe, befaßt sich in der Nr. 56 der „Badische Neueste Nachrichten“ mit dem Fall des jungen Hokenberger in Söllingen, um dessen Weiterkommen (Lehrstelle) sich der Bund ehemals politisch erfolgter annahm. Auch nach den Schilderungen des hiesigen Söllinger Parteimitglieds, der die Abstammung nach Mischling, zählt somit nicht zu den wirtschaftlich Stärksten, die er verfolgt dieses jungen Menschen annimmt, dann verweigert das Anerkennen und — so nebenbei bemerkt — ist das Christenpflicht und Nächstenliebe.

Weniger christlich wirkt, wie Herr Schwan uns sieht, hat in dem besagten Artikel, und gerade deswegen greift die SPD in dem Artikel auch Dr. Schumacher, Hannover bei ihm herhalten, weil er die „kleinen und großen politischen Schustern“, wie er erobert sagt. Er stellt weiter ärgertlich fest, daß man die Akteure der CDU nicht für blöde halten soll. Das tut man unerserseite bestimmt nicht. Herr Schwan, die CDU tut aber zu daran, auch ihre politischen Gegner nicht für blöde zu halten. Es glaubt in der Sozialdemokratischen Partei z. B. niemand, „daß die CDU morgen wieder Judengruppen veranstalten möchte“. Aber der Ansicht könnten wir sein, daß die CDU morgen wieder einen Ermächtigungsgesetz zustimmen würde, wenn die politische Lage danach wäre, natürlich unter dem Vorbehalt, daß in ihren Mitgliedern und Freunden nichts geschieht.

Das Spiel, das schon einmal der deutschen Demokratie die Achtung und das Leben gekostet hat, ist tatsächlich wieder im Gange. Da sind wir derselben Ansicht wie Sie, Herr Schwan, und gerade gegen dieses „falsche Spiel“ wenden sich alle christlichen Demokraten und Sozialdemokraten, an der Spitze Dr. Schumacher. Mit Besorgnis sehen wir die zerrante Reaktion mit bestimmten Beriffen ihr Spiel treiben, und darum bemühen wir uns doppelt, das deutsche Volk politisch aufzuklären und für die soziale Demokratie zu erziehen.

Herr Schwan! Es sind in Ihrem Artikel sehr bekannte Töne zu hören. Auch Goebbels und seine Trabanten reden von „Zerstörung und Demagogie, es fehlt nur noch das Schwertwort von „Vernichtungsschritt“, dann wirkt es recht. Wir wollen nur einen Rat geben: Die „ausländischen Propagandisten“, lassen Sie besser zu Hause, auch die „Glaubensschuhe ziehen Sie am besten aus. Arbeiten Sie mit am Aufbau für eine soziale Demokratie, und zwar mit bloßen Händen bis Sie Schwielen daran haben.

Sowjetunion weiterhin für österr. Reparationen  
London, 19. Juli (AP) Die Sowjetunion hat die Versäufnisse der Ver. Staaten und Großbritannien zur Herabsetzung der österr. Reparationsleistungen abgelehnt. Sie besteht darauf, industrielles Eigentum im Werte von 22 Millionen Dollar, das in Ost-Oesterreich beschlagnahmt hat, zu behalten. Die Sowjetunion setzte ihren Standpunkt in einer langen Note auseinander, die der österr. Regierung übergeben wurde. Wie AP erfährt, beanstandet sie als Reparationsleistung eine ganze Reihe industrieller Vermögenswerte, unter denen sich nahezu alle diejenigen befinden, die die amerikanischen und brit. Behörden von den Reparationsleistungen auszunehmen wünschen.

Gegen die überhöhte Tabaksteuer  
Eine Eingabe des Länderratdirektoriums  
Stuttgart, 19. Juli. (DANA) Das Länderratdirektorium hat die amerikanische Militärregierung in einer Eingabe um Abänderung des Kontrollgesetzes Nr. 26 vom 10. Mai 1946 gebeten, das die Besteuerung von Tabakwaren betrifft. Die Eingabe enthält vor allem die folgenden Punkte: Die Steuer in Prozenten der Kleinverkaufspreise ausgedrückt, im Verhältnis ebenso hoch sein sollte, wie die früheren Steuersätze. Anstelle der jetzt eingeführten Steuersätze von 70 bis 90% Aufschlag auf den Verkaufspreis der verschiedenen Tabakwaren sollten die Prozentsätze 55 bis 80% des Kleinverkaufspreises für Tabakwaren nicht übersteigen.

Die Eingabe des Länderratdirektoriums geht davon aus, daß der außerordentlich hohe Steuersatz von 90% Aufschlag auf den Kleinverkaufspreis für Zigarren, Zigarillos und Stumpen, wie er im Kontrollgesetz Nr. 26 festgesetzt worden ist, einen beträchtlichen Teil ihrer Tabakproduktion herbeiführen müßte, umso mehr, als die Steuersteuermethode eine vollständige Umwälzung in der relativen Steuerbelastung für die einzelnen Tabakwaren bedeute. Auch solle man vermeiden, daß die große Masse der Raucher durch die extreme Höhe der Steuersätze zweifellos zu werden würde, einen Teil ihrer Tabakproduktion auf dem Schwarzmarkt zu verhandeln, um mit dem Erlös ihren eigenen kleinen Tabakanteil herauszuschlagen.

In der Länderratsingabe heißt es: Tabak kann heute in Deutschland nicht mehr ausschließlich als Genussmittel angesehen werden, sondern ist in vielen Fällen ein Abkennungs- und Berufungsmittel gegen Hunger und Sorgen. Je höher die Steuerlast auf Tabakwaren sind, desto mehr wird die Bevölkerung versuchen, sich Tabakwaren auf Schwarzwegen zu beschaffen. Es ist eine Erfahrungstatsache, daß, wenn die Steuerlast überhöht wird, als Reaktion eine Unzufriedenheit beim deutschen Arbeiter eintritt, die zweifellos in einem weiteren Absinken des allgemeinen Leistungswillens ihren Ausdruck finden würde.

Engere Zusammenarbeit der Zonen  
Stuttgart, 19. Juli. (DANA). Zur Koordinierung der deutschen Verwaltungsstellen in der amerikanischen und brit. Zone ist nach einer Verlautbarung des Länderrates beabsichtigt, ein System der gegenseitigen Information über Fragen der Verwaltung, der Angestelltenausbildung sowie der Haushaltskosten einzuführen.

Eisenbahnabkommen  
Das Länderratdirektorium hat in seiner Donnerstagssitzung eine endgültige Formulierung des Eisenbahnabkommens für die drei Länder in der amerik. Zone beraten. Der Entwurf dieses Abkommens wird bei der nächsten Länderratsitzung am 6. August zur Genehmigung vorgelegt werden.

Ernährungsbilanz Württemberg-Baden  
Stuttgart, 19. Juli. (DANA) Vom 1. Juli 1945 bis zum 30. Juni 1946 wurden in Württemberg-Baden insgesamt 298 018,51 Tonnenn Brotgetreide verbraucht, heißt es in einem Bericht der Abteilung für Ernährung und Landwirtschaft der Militärregierung, der den Getreideverbrauch an Lebensmittel in Württemberg-Baden im Laufe der vergangenen zwölf Monate sowie das Verhältnis der heimischen Erzeugung zum Import wiedergibt.

44,2 Prozent des gesamten Brotgetreides stammten aus dem Lande, während der Rest aus Getreide der amerikanischen Armee und aus Importen stammte. Der Fleischverbrauch betrug in der gleichen Zeit 28 324,94 Tonnenn, während der Rest aus heimischen Quellen gedeckt, während der Rest aus Bayern importiert werden mußte. Der Verbrauch an Hülsenfrüchten, Trockenreis, Trocken- und Konservengemüse, Schokolade und Grape-Fruit-Saft wurde dagegen ausschließlich durch amerikanische Warenbestände und Lieferungen aus den Vereinigten Staaten entnommen.

Bei einem Gesamtverbrauch von 1 146 307,08 Tonnenn Lebensmitteln wurden 73 Proz. oder 839 078,28 Tonnenn von der heimischen Erzeugung gestellt. 26,7 Prozent oder 368 079,50 Tonnenn wurden aus Österreich und der Rest aus Bayern eingeführt. 4 265,66 Tonnenn Frischfleisch, die in dem Zeitraum verzehrt wurden, wurden ausschließlich von Weesermünde geliefert.

CDU Söllingen und Generalsekretär Schwan  
Der Generalsekretär der CDU, Herr Schwan, Karlsruhe, befaßt sich in der Nr. 56 der „Badische Neueste Nachrichten“ mit dem Fall des jungen Hokenberger in Söllingen, um dessen Weiterkommen (Lehrstelle) sich der Bund ehemals politisch erfolgter annahm. Auch nach den Schilderungen des hiesigen Söllinger Parteimitglieds, der die Abstammung nach Mischling, zählt somit nicht zu den wirtschaftlich Stärksten, die er verfolgt dieses jungen Menschen annimmt, dann verweigert das Anerkennen und — so nebenbei bemerkt — ist das Christenpflicht und Nächstenliebe.

Weniger christlich wirkt, wie Herr Schwan uns sieht, hat in dem besagten Artikel, und gerade deswegen greift die SPD in dem Artikel auch Dr. Schumacher, Hannover bei ihm herhalten, weil er die „kleinen und großen politischen Schustern“, wie er erobert sagt. Er stellt weiter ärgertlich fest, daß man die Akteure der CDU nicht für blöde halten soll. Das tut man unerserseite bestimmt nicht. Herr Schwan, die CDU tut aber zu daran, auch ihre politischen Gegner nicht für blöde zu halten. Es glaubt in der Sozialdemokratischen Partei z. B. niemand, „daß die CDU morgen wieder Judengruppen veranstalten möchte“. Aber der Ansicht könnten wir sein, daß die CDU morgen wieder einen Ermächtigungsgesetz zustimmen würde, wenn die politische Lage danach wäre, natürlich unter dem Vorbehalt, daß in ihren Mitgliedern und Freunden nichts geschieht.

Das Spiel, das schon einmal der deutschen Demokratie die Achtung und das Leben gekostet hat, ist tatsächlich wieder im Gange. Da sind wir derselben Ansicht wie Sie, Herr Schwan, und gerade gegen dieses „falsche Spiel“ wenden sich alle christlichen Demokraten und Sozialdemokraten, an der Spitze Dr. Schumacher. Mit Besorgnis sehen wir die zerrante Reaktion mit bestimmten Beriffen ihr Spiel treiben, und darum bemühen wir uns doppelt, das deutsche Volk politisch aufzuklären und für die soziale Demokratie zu erziehen.

Herr Schwan! Es sind in Ihrem Artikel sehr bekannte Töne zu hören. Auch Goebbels und seine Trabanten reden von „Zerstörung und Demagogie, es fehlt nur noch das Schwertwort von „Vernichtungsschritt“, dann wirkt es recht. Wir wollen nur einen Rat geben: Die „ausländischen Propagandisten“, lassen Sie besser zu Hause, auch die „Glaubensschuhe ziehen Sie am besten aus. Arbeiten Sie mit am Aufbau für eine soziale Demokratie, und zwar mit bloßen Händen bis Sie Schwielen daran haben.

Das Spiel, das schon einmal der deutschen Demokratie die Achtung und das Leben gekostet hat, ist tatsächlich wieder im Gange. Da sind wir derselben Ansicht wie Sie, Herr Schwan, und gerade gegen dieses „falsche Spiel“ wenden sich alle christlichen Demokraten und Sozialdemokraten, an der Spitze Dr. Schumacher. Mit Besorgnis sehen wir die zerrante Reaktion mit bestimmten Beriffen ihr Spiel treiben, und darum bemühen wir uns doppelt, das deutsche Volk politisch aufzuklären und für die soziale Demokratie zu erziehen.

Herr Schwan! Es sind in Ihrem Artikel sehr bekannte Töne zu hören. Auch Goebbels und seine Trabanten reden von „Zerstörung und Demagogie, es fehlt nur noch das Schwertwort von „Vernichtungsschritt“, dann wirkt es recht. Wir wollen nur einen Rat geben: Die „ausländischen Propagandisten“, lassen Sie besser zu Hause, auch die „Glaubensschuhe ziehen Sie am besten aus. Arbeiten Sie mit am Aufbau für eine soziale Demokratie, und zwar mit bloßen Händen bis Sie Schwielen daran haben.

Herr Schwan! Es sind in Ihrem Artikel sehr bekannte Töne zu hören. Auch Goebbels und seine Trabanten reden von „Zerstörung und Demagogie, es fehlt nur noch das Schwertwort von „Vernichtungsschritt“, dann wirkt es recht. Wir wollen nur einen Rat geben: Die „ausländischen Propagandisten“, lassen Sie besser zu Hause, auch die „Glaubensschuhe ziehen Sie am besten aus. Arbeiten Sie mit am Aufbau für eine soziale Demokratie, und zwar mit bloßen Händen bis Sie Schwielen daran haben.

Herr Schwan! Es sind in Ihrem Artikel sehr bekannte Töne zu hören. Auch Goebbels und seine Trabanten reden von „Zerstörung und Demagogie, es fehlt nur noch das Schwertwort von „Vernichtungsschritt“, dann wirkt es recht. Wir wollen nur einen Rat geben: Die „ausländischen Propagandisten“, lassen Sie besser zu Hause, auch die „Glaubensschuhe ziehen Sie am besten aus. Arbeiten Sie mit am Aufbau für eine soziale Demokratie, und zwar mit bloßen Händen bis Sie Schwielen daran haben.

Herr Schwan! Es sind in Ihrem Artikel sehr bekannte Töne zu hören. Auch Goebbels und seine Trabanten reden von „Zerstörung und Demagogie, es fehlt nur noch das Schwertwort von „Vernichtungsschritt“, dann wirkt es recht. Wir wollen nur einen Rat geben: Die „ausländischen Propagandisten“, lassen Sie besser zu Hause, auch die „Glaubensschuhe ziehen Sie am besten aus. Arbeiten Sie mit am Aufbau für eine soziale Demokratie, und zwar mit bloßen Händen bis Sie Schwielen daran haben.

Herr Schwan! Es sind in Ihrem Artikel sehr bekannte Töne zu hören. Auch Goebbels und seine Trabanten reden von „Zerstörung und Demagogie, es fehlt nur noch das Schwertwort von „Vernichtungsschritt“, dann wirkt es recht. Wir wollen nur einen Rat geben: Die „ausländischen Propagandisten“, lassen Sie besser zu Hause, auch die „Glaubensschuhe ziehen Sie am besten aus. Arbeiten Sie mit am Aufbau für eine soziale Demokratie, und zwar mit bloßen Händen bis Sie Schwielen daran haben.

Herr Schwan! Es sind in Ihrem Artikel sehr bekannte Töne zu hören. Auch Goebbels und seine Trabanten reden von „Zerstörung und Demagogie, es fehlt nur noch das Schwertwort von „Vernichtungsschritt“, dann wirkt es recht. Wir wollen nur einen Rat geben: Die „ausländischen Propagandisten“, lassen Sie besser zu Hause, auch die „Glaubensschuhe ziehen Sie am besten aus. Arbeiten Sie mit am Aufbau für eine soziale Demokratie, und zwar mit bloßen Händen bis Sie Schwielen daran haben.

Herr Schwan! Es sind in Ihrem Artikel sehr bekannte Töne zu hören. Auch Goebbels und seine Trabanten reden von „Zerstörung und Demagogie, es fehlt nur noch das Schwertwort von „Vernichtungsschritt“, dann wirkt es recht. Wir wollen nur einen Rat geben: Die „ausländischen Propagandisten“, lassen Sie besser zu Hause, auch die „Glaubensschuhe ziehen Sie am besten aus. Arbeiten Sie mit am Aufbau für eine soziale Demokratie, und zwar mit bloßen Händen bis Sie Schwielen daran haben.

Herr Schwan! Es sind in Ihrem Artikel sehr bekannte Töne zu hören. Auch Goebbels und seine Trabanten reden von „Zerstörung und Demagogie, es fehlt nur noch das Schwertwort von „Vernichtungsschritt“, dann wirkt es recht. Wir wollen nur einen Rat geben: Die „ausländischen Propagandisten“, lassen Sie besser zu Hause, auch die „Glaubensschuhe ziehen Sie am besten aus. Arbeiten Sie mit am Aufbau für eine soziale Demokratie, und zwar mit bloßen Händen bis Sie Schwielen daran haben.

Herr Schwan! Es sind in Ihrem Artikel sehr bekannte Töne zu hören. Auch Goebbels und seine Trabanten reden von „Zerstörung und Demagogie, es fehlt nur noch das Schwertwort von „Vernichtungsschritt“, dann wirkt es recht. Wir wollen nur einen Rat geben: Die „ausländischen Propagandisten“, lassen Sie besser zu Hause, auch die „Glaubensschuhe ziehen Sie am besten aus. Arbeiten Sie mit am Aufbau für eine soziale Demokratie, und zwar mit bloßen Händen bis Sie Schwielen daran haben.

Herr Schwan! Es sind in Ihrem Artikel sehr bekannte Töne zu hören. Auch Goebbels und seine Trabanten reden von „Zerstörung und Demagogie, es fehlt nur noch das Schwertwort von „Vernichtungsschritt“, dann wirkt es recht. Wir wollen nur einen Rat geben: Die „ausländischen Propagandisten“, lassen Sie besser zu Hause, auch die „Glaubensschuhe ziehen Sie am besten aus. Arbeiten Sie mit am Aufbau für eine soziale Demokratie, und zwar mit bloßen Händen bis Sie Schwielen daran haben.

Herr Schwan! Es sind in Ihrem Artikel sehr bekannte Töne zu hören. Auch Goebbels und seine Trabanten reden von „Zerstörung und Demagogie, es fehlt nur noch das Schwertwort von „Vernichtungsschritt“, dann wirkt es recht. Wir wollen nur einen Rat geben: Die „ausländischen Propagandisten“, lassen Sie besser zu Hause, auch die „Glaubensschuhe ziehen Sie am besten aus. Arbeiten Sie mit am Aufbau für eine soziale Demokratie, und zwar mit bloßen Händen bis Sie Schwielen daran haben.

Herr Schwan! Es sind in Ihrem Artikel sehr bekannte Töne zu hören. Auch Goebbels und seine Trabanten reden von „Zerstörung und Demagogie, es fehlt nur noch das Schwertwort von „Vernichtungsschritt“, dann wirkt es recht. Wir wollen nur einen Rat geben: Die „ausländischen Propagandisten“, lassen Sie besser zu Hause, auch die „Glaubensschuhe ziehen Sie am besten aus. Arbeiten Sie mit am Aufbau für eine soziale Demokratie, und zwar mit bloßen Händen bis Sie Schwielen daran haben.

Herr Schwan! Es sind in Ihrem Artikel sehr bekannte Töne zu hören. Auch Goebbels und seine Trabanten reden von „Zerstörung und Demagogie, es fehlt nur noch das Schwertwort von „Vernichtungsschritt“, dann wirkt es recht. Wir wollen nur einen Rat geben: Die „ausländischen Propagandisten“, lassen Sie besser zu Hause, auch die „Glaubensschuhe ziehen Sie am besten aus. Arbeiten Sie mit am Aufbau für eine soziale Demokratie, und zwar mit bloßen Händen bis Sie Schwielen daran haben.

Herr Schwan! Es sind in Ihrem Artikel sehr bekannte Töne zu hören. Auch Goebbels und seine Trabanten reden von „Zerstörung und Demagogie, es fehlt nur noch das Schwertwort von „Vernichtungsschritt“, dann wirkt es recht. Wir wollen nur einen Rat geben: Die „ausländischen Propagandisten“, lassen Sie besser zu Hause, auch die „Glaubensschuhe ziehen Sie am besten aus. Arbeiten Sie mit am Aufbau für eine soziale Demokratie, und zwar mit bloßen Händen bis Sie Schwielen daran haben.

Herr Schwan! Es sind in Ihrem Artikel sehr bekannte Töne zu hören. Auch Goebbels und seine Trabanten reden von „Zerstörung und Demagogie, es fehlt nur noch das Schwertwort von „Vernichtungsschritt“, dann wirkt es recht. Wir wollen nur einen Rat geben: Die „ausländischen Propagandisten“, lassen Sie besser zu Hause, auch die „Glaubensschuhe ziehen Sie am besten aus. Arbeiten Sie mit am Aufbau für eine soziale Demokratie, und zwar mit bloßen Händen bis Sie Schwielen daran haben.

Herr Schwan! Es sind in Ihrem Artikel sehr bekannte Töne zu hören. Auch Goebbels und seine Trabanten reden von „Zerstörung und Demagogie, es fehlt nur noch das Schwertwort von „Vernichtungsschritt“, dann wirkt es recht. Wir wollen nur einen Rat geben: Die „ausländischen Propagandisten“, lassen Sie besser zu Hause, auch die „Glaubensschuhe ziehen Sie am besten aus. Arbeiten Sie mit am Aufbau für eine soziale Demokratie, und zwar mit bloßen Händen bis Sie Schwielen daran haben.

Herr Schwan! Es sind in Ihrem Artikel sehr bekannte Töne zu hören. Auch Goebbels und seine Trabanten reden von „Zerstörung und Demagogie, es fehlt nur noch das Schwertwort von „Vernichtungsschritt“, dann wirkt es recht. Wir wollen nur einen Rat geben: Die „ausländischen Propagandisten“, lassen Sie besser zu Hause, auch die „Glaubensschuhe ziehen Sie am besten aus. Arbeiten Sie mit am Aufbau für eine soziale Demokratie, und zwar mit bloßen Händen bis Sie Schwielen daran haben.

Herr Schwan! Es sind in Ihrem Artikel sehr bekannte Töne zu hören. Auch Goebbels und seine Trabanten reden von „Zerstörung und Demagogie, es fehlt nur noch das Schwertwort von „Vernichtungsschritt“, dann wirkt es recht. Wir wollen nur einen Rat geben: Die „ausländischen Propagandisten“, lassen Sie besser zu Hause, auch die „Glaubensschuhe ziehen Sie am besten aus. Arbeiten Sie mit am Aufbau für eine soziale Demokratie, und zwar mit bloßen Händen bis Sie Schwielen daran haben.

# Das freie Wort

Zum Flüchtlingsproblem schreibt uns Herr Architekt Reinhold Grund, Karlsruhe, u. a.:

„Grundständig wird jeder, allen anderen Menschen gleiche Rechte zubilligen müssen. Wie steht es aber heute mit den Reden des Flüchtlings? Viel wird geschrieben, doch viel mehr gesprochen über das Flüchtlingsproblem. Es wird auch manches getan, doch das unbedingt notwendige, oder zumindest in ungenügendem Maße, ist nicht wirklich das elementare Recht auf diese Menschen verlangt, das Recht und die Möglichkeit zum Leben. Ich will die Schwierigkeiten der Flüchtlings Lage absolut nicht verkennen. — Es ist aber absurd, diese Menschen allein für ihr Unglück verantwortlich zu machen. Ich möchte auch nicht die Gefahren aufmerksam machen, die unser Land entstehen würden, sofern diesen, durch allzu schweres Unglück enttatmenen Menschen, nicht hilft und sie möglichst schnell in den allgemeinen Arbeitsprozeß einliedert.“

Für Fadarbeiter, landwirtschaftliche Arbeiter und solche die über gesunde Glieder verfügen, wird es nicht allzu schwer sein, in Arbeit und Brot zu kommen, doch wie steht es mit den selbständigen noch körperlich fähigen, so wie mit für eine allgemeine Arbeit ausscheidenden. Man stellt sich auf den Standpunkt, der Markt an selbständigen Betrieben sei übersättigt. Ob zu Recht oder nicht, recht, hier geht es grundsätzlich um das Recht des Einzelnen. Wer hat das Recht einem jungen tüchtigen Menschen, der sich selbständig machen will, oder einem anderen, der sich selbständig machen will, selbstverständlich seinen Betrieb verloren hat, verfügt, das Recht abzubrechen zur Gründung eines eigenen Betriebs! Ganz abgesehen davon, daß er als selbständiger Handwerker eine wesentlich höhere Arbeitsleistung erzielen wird. Sollte oder sollte nicht seine eigene Arbeit sein, indem man den Handwerker und Unternehmer, der schon das Glück hatte, ihre Heimat, ihren Betrieb, Haus und Hof, Maschinen und Werkzeuge zu behalten, außerdem über ihr Bankkonto verfügen können, allein das Recht einräumen, weiterarbeiten und verdienen zu dürfen, während man den Menschen, die alle aber auch wirklich alle verloren haben, was überhaupt ein Mensch verlieren kann, auch noch das Recht auf Gründung eines Lebensexistenz abspricht! —



Nie sollst Du mich befragen

Das Verbotene ist schon bei der Jugend seinen Reiz aus. Die Äpfel in Nachbars Garten hatten etwas von der Anziehungskraft...

An die entfernte Stadtbücherei

Ich kann dich nicht mehr finden, denn du bist fern, ich klaz' es. Der Arbeit Pflichten binden mich viele Zeit des Tages.

Die Stadt. Volksbücherei

Ungünstige Lage beeinträchtigt den Besuch. Die Stadt. Volksbücherei ist in die Telegraf-Locale umgezogen, weil die bisherigen Räumlichkeiten für militärische Zwecke angefordert wurden.

C-moll-Messe in der Christuskirche

Der katholische Kirchenchor St. Bonifatius führte am Sonntag und Montag diese Woche Beethoven's C-moll-Messe...

Ein Pole vor dem Mittleren Militärgericht

In der Sitzung des Mittleren Militärgerichtes für Nordbaden im Schwurgerichtssaal des Amtsgerichtes wurde am Donnerstag, 18. Juli, der Fall des Polen Henryk Marczynski verhandelt.

Radioprogramm

Sendungen am Sonntag, 21. Juli: 6.12 Choral, 6.15 Musik, Zeitensange, 6.30 Nachrichten, Wetterbericht, 6.45 Musik...

Lohnstop verlangt Preisstop

Eine letzte Mahnung an alle, die es angeht. Der Herr Oberbürgermeister hat gemeinschaftlich mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund...

Reinhold Frank zum Gedenken

Über die politischen Hintergründe des 20. Juli sind von berufener Seite mutig und aufklärende Worte gesprochen und geschrieben worden.

Schlubakt der Kaufmännischen Berufsschule

Zum erstmaligen vereinigen sich die Handelskammer und die kaufmännischen Lehranstalten von Karlsruhe in gemeinsamer Feierstunde zur Entlassung der Schüler...

Reinhold Frank zum Gedenken

Die Stadt Karlsruhe hat zum Andenken an den mutigen Vorkämpfer der Freiheit, Reinhold Frank, die Umbenennung einer Straße vorgenommen.

Keine Reisegenehmigungen für D-Züge mehr

Frankfurt, 19. Juli. (DANA) D-Züge können ab sofort in der amerikanischen Besatzungszone ohne Reisegenehmigungen und Zulassungskarte benutzt werden...

Einheitliche Kraftwagen-Kennzeichen

Berlin, 19. Juli. (DANA) Einheitliche Kennzeichen für Kraftfahrzeuge werden demnächst in ganz Deutschland eingeführt werden...

Zur Verteilung von Ferkelschweinen

Seit etwa Januar des Jahres ist die Ausfuhr von Ferkelschweinen aus Württemberg sowie aus Hannover und Oldenburg gesperrt.

Reinhold Frank zum Gedenken

Die Stadt Karlsruhe hat zum Andenken an den mutigen Vorkämpfer der Freiheit, Reinhold Frank, die Umbenennung einer Straße vorgenommen.

Reinhold Frank zum Gedenken

Über die politischen Hintergründe des 20. Juli sind von berufener Seite mutig und aufklärende Worte gesprochen und geschrieben worden.

Reinhold Frank zum Gedenken

Die Stadt Karlsruhe hat zum Andenken an den mutigen Vorkämpfer der Freiheit, Reinhold Frank, die Umbenennung einer Straße vorgenommen.

Reinhold Frank zum Gedenken

Die Stadt Karlsruhe hat zum Andenken an den mutigen Vorkämpfer der Freiheit, Reinhold Frank, die Umbenennung einer Straße vorgenommen.

Reinhold Frank zum Gedenken

Die Stadt Karlsruhe hat zum Andenken an den mutigen Vorkämpfer der Freiheit, Reinhold Frank, die Umbenennung einer Straße vorgenommen.

Reinhold Frank zum Gedenken

Die Stadt Karlsruhe hat zum Andenken an den mutigen Vorkämpfer der Freiheit, Reinhold Frank, die Umbenennung einer Straße vorgenommen.

Reinhold Frank zum Gedenken

Über die politischen Hintergründe des 20. Juli sind von berufener Seite mutig und aufklärende Worte gesprochen und geschrieben worden.

Reinhold Frank zum Gedenken

Die Stadt Karlsruhe hat zum Andenken an den mutigen Vorkämpfer der Freiheit, Reinhold Frank, die Umbenennung einer Straße vorgenommen.

Reinhold Frank zum Gedenken

Über die politischen Hintergründe des 20. Juli sind von berufener Seite mutig und aufklärende Worte gesprochen und geschrieben worden.

Reinhold Frank zum Gedenken

Die Stadt Karlsruhe hat zum Andenken an den mutigen Vorkämpfer der Freiheit, Reinhold Frank, die Umbenennung einer Straße vorgenommen.

Reinhold Frank zum Gedenken

Die Stadt Karlsruhe hat zum Andenken an den mutigen Vorkämpfer der Freiheit, Reinhold Frank, die Umbenennung einer Straße vorgenommen.

Reinhold Frank zum Gedenken

Die Stadt Karlsruhe hat zum Andenken an den mutigen Vorkämpfer der Freiheit, Reinhold Frank, die Umbenennung einer Straße vorgenommen.

Reinhold Frank zum Gedenken

Die Stadt Karlsruhe hat zum Andenken an den mutigen Vorkämpfer der Freiheit, Reinhold Frank, die Umbenennung einer Straße vorgenommen.

Reinhold Frank zum Gedenken

Über die politischen Hintergründe des 20. Juli sind von berufener Seite mutig und aufklärende Worte gesprochen und geschrieben worden.

Reinhold Frank zum Gedenken

Die Stadt Karlsruhe hat zum Andenken an den mutigen Vorkämpfer der Freiheit, Reinhold Frank, die Umbenennung einer Straße vorgenommen.

Reinhold Frank zum Gedenken

Über die politischen Hintergründe des 20. Juli sind von berufener Seite mutig und aufklärende Worte gesprochen und geschrieben worden.

Reinhold Frank zum Gedenken

Die Stadt Karlsruhe hat zum Andenken an den mutigen Vorkämpfer der Freiheit, Reinhold Frank, die Umbenennung einer Straße vorgenommen.

Reinhold Frank zum Gedenken

Die Stadt Karlsruhe hat zum Andenken an den mutigen Vorkämpfer der Freiheit, Reinhold Frank, die Umbenennung einer Straße vorgenommen.

Reinhold Frank zum Gedenken

Die Stadt Karlsruhe hat zum Andenken an den mutigen Vorkämpfer der Freiheit, Reinhold Frank, die Umbenennung einer Straße vorgenommen.

Reinhold Frank zum Gedenken

Die Stadt Karlsruhe hat zum Andenken an den mutigen Vorkämpfer der Freiheit, Reinhold Frank, die Umbenennung einer Straße vorgenommen.

Reinhold Frank zum Gedenken

Über die politischen Hintergründe des 20. Juli sind von berufener Seite mutig und aufklärende Worte gesprochen und geschrieben worden.

Reinhold Frank zum Gedenken

Die Stadt Karlsruhe hat zum Andenken an den mutigen Vorkämpfer der Freiheit, Reinhold Frank, die Umbenennung einer Straße vorgenommen.

Reinhold Frank zum Gedenken

Über die politischen Hintergründe des 20. Juli sind von berufener Seite mutig und aufklärende Worte gesprochen und geschrieben worden.

Reinhold Frank zum Gedenken

Die Stadt Karlsruhe hat zum Andenken an den mutigen Vorkämpfer der Freiheit, Reinhold Frank, die Umbenennung einer Straße vorgenommen.

Reinhold Frank zum Gedenken

Die Stadt Karlsruhe hat zum Andenken an den mutigen Vorkämpfer der Freiheit, Reinhold Frank, die Umbenennung einer Straße vorgenommen.

Reinhold Frank zum Gedenken

Die Stadt Karlsruhe hat zum Andenken an den mutigen Vorkämpfer der Freiheit, Reinhold Frank, die Umbenennung einer Straße vorgenommen.

Reinhold Frank zum Gedenken

Die Stadt Karlsruhe hat zum Andenken an den mutigen Vorkämpfer der Freiheit, Reinhold Frank, die Umbenennung einer Straße vorgenommen.

Ricarda Huch / Zu ihrem 82. Geburtstag am 18. Juli

In erfreulicher geistiger und körperlicher Frische... Ricarda Huch, die Dichterin und Historikerin in Jena...

heßen, in der Schrift zu suchen und göttliche Kraft... Ricarda Huch liebt und begehrt nach dem...

Prof. Dr.-Ing. Rudolf Plank... Technik und Kultur in den Vereinigten Staaten von Amerika...

Technik und Kultur in den Vereinigten Staaten von Amerika

Im Rahmen einer Vortragsserie über „Das Ausland“ sprach Herr Professor Dr.-Ing. Rudolf Plank...

Suchen und Finden / Von Herbert Baßler

Am Ende der Berliner Zeit steht die Verleihung des Goethepreises... Nicht alle Schmerzen sind heilbar, denn manche...

Vor einem Jahr ging ich auf die Suche nach meinen Angehörigen... Suchen nach Hause — leider noch nicht in die ursprüngliche Heimat...

schwarzer Vogel mit Dir. Aber jetzt wird auch das Ziel noch erhabener und größer... Hab' ich doch geschlafen? Da ist der Morgen!

Der Frühling kommt wieder mit Wärme und Helle... Kulturnotizen: Die Einführung von „Gemeinschaftskunde“ als Volkshochschulfach...

Am Anfang war dies sogar ganz nett, fast romantisch... Die kleine Bühne spielen die Künstler zu verhältnismäßig hohen Preisen...

Es geschah kein Wunder, aber in dem Augenblick... In Fortsetzung der vom Kulturbund Karlsruhe veranstalteten Vortragsreihe...

Stuttgarter Jugendbrief: Draußen im Stuttgarter Osten kann man folgen das Bild beobachten... Stuttgarter Jugendbrief: Die Zahl der bestehenden Jugendverbände...

Die kleine Bühne spielen die Künstler zu verhältnismäßig hohen Preisen... Die gewerkschaftliche Jugendarbeit hat in der Industrie...

Deutsche Wirtschaftspolitik und die Alliierten: In Fortsetzung der vom Kulturbund Karlsruhe veranstalteten Vortragsreihe...

Deutsche Wirtschaftspolitik und die Alliierten

In Fortsetzung der vom Kulturbund Karlsruhe veranstalteten Vortragsreihe sprach Redakteur Dr. Rudolf Agricola... Die Rubrikholzförderung zeigt nach einer Mitteilung...

Stuttgarter Jugendbrief: Draußen im Stuttgarter Osten kann man folgen das Bild beobachten... Stuttgarter Jugendbrief: Die Zahl der bestehenden Jugendverbände...

Die kleine Bühne spielen die Künstler zu verhältnismäßig hohen Preisen... Die gewerkschaftliche Jugendarbeit hat in der Industrie...

Deutsche Wirtschaftspolitik und die Alliierten: In Fortsetzung der vom Kulturbund Karlsruhe veranstalteten Vortragsreihe...

DIE WIRTSCHAFT

Tabakexport Griechenlands nach Deutschland: Es wäre gut, wenn England Abmachungen treffen würde...



